



LANSKY,
GANZGER
partner

LGP RECHTSANWÄLTE / ATTORNEYS

DSGVO in der Praxis

Eine Präsentation für das
Bundesgremium des Foto-, Optik- und
Medizinproduktehandels der WKO Österreich

Wien, am 26.02.2018

RAA Ing. Mag. Amra Bajraktarevic

Problemstellung

- Welche Daten der betroffenen Person werden
- zu welchem Zweck
- auf welcher Rechtsgrundlage erhoben und
- an wen werden diese weitergegeben?

Welche Rechtsgrundlage (Art 6)?

Jede Datenanwendung erfordert eine Rechtsgrundlage. Für Gesundheitsunternehmen sind die betreffenden Rechtsgrundlagen nach Art 6 DSGVO folgende:

- Erforderlichkeit der Datenverarbeitung für die Vertragserfüllung
- (Überwiegende) berechnigte Interessen des Verantwortlichen
- Vorliegen einer Einwilligung
- Vorliegen einer rechtlichen Verpflichtung

Rechtsgrund Vertragserfüllung (Art 6)

- Soweit Kundendaten verarbeitet werden, die für die Vertragserfüllung erforderlich sind, ist keine Zustimmung notwendig
- Trifft auch auf Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen (zB Terminvereinbarung, Einholung eines Angebotes) zu
- Trifft auf Datenverarbeitung zu Marketingzwecken regelmäßig nicht zu

Rechtsgrund berechnigte Interessen I (Art 6)

- Hinreichend konkretes und berechtigtes Interesse des Verantwortlichen oder eines Dritten
- Die verfolgten Ziele sind rechtmäßig und stehen im Einklang mit der Rechtsordnung
- Interessenabwägung schlägt im Einzelfall zu Gunsten des Verantwortlichen aus

- Als berechnigte Interessen anerkannt:
 - Übermittlung von personenbezogenen Daten innerhalb der Unternehmensgruppe für interne Verwaltungszwecke, einschließlich der Verarbeitung personenbezogener Daten von Kunden und Beschäftigten (Erwägungsgrund 48)
 - Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Direktwerbung (Erwägungsgrund 47)
- Interessenabwägung durchführen und dokumentieren!
- Informationspflicht beachten!

- Bedingungen für die Einwilligung:
 - Ersuchen um Einwilligung in verständlicher und leicht zugänglicher Form in klarer und einfacher Sprache
 - Einwilligung erfolgt freiwillig, für den bestimmten Fall, in informierter Weise
 - Keine Kopplung an die Erbringung der Leistung
 - Erkennbare Trennung vom übrigen Sachverhalt
 - Hinweis auf das Widerrufsrecht

Rechtsgrund Einwilligung I – Beispiel Kopplungsverbot

□ Ich habe die AGB sowie die Datenschutzbestimmung der XXX GmbH gelesen und akzeptiere diese.⁽¹⁾

¹⁾ Wir nutzen Ihre Daten auch, um Sie über unsere Produkte und Dienstleistungen sowie relevante Neuigkeiten per E-Mail zu informieren. Sie können einer Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Daten jederzeit schriftlich oder per E-Mail an office@XXX.at widersprechen.

Rechtsgrund Einwilligung II

- Bedingungen für die Einwilligung:
 - Einwilligung setzt eindeutig bestätigende Handlung voraus:
 - Schriftlich, mündlich, elektronisch, Anklicken von Checkboxes
 - NICHT: Stillschweigen, Untätigkeit, Vorgekreuzte Checkboxes
 - Inhalt einer Erklärung:
 - Welche personenbezogenen Daten werden zu welchem Zweck verarbeitet
 - Wer darf die Daten konkret nutzen, an wen dürfen die Daten weitergegeben werden
 - Allenfalls: Wie lange dauert die Nutzung an

Formulierungsvorschlag Einwilligung +

- Beispielhafter Formulierungsvorschlag:

„Ich stimme zu, dass meine personenbezogenen Daten, nämlich ... [konkrete Aufzählung der Datenarten, z.B. Name, Adresse, etc] zum Zweck der ... [konkrete Zweckangabe, z.B. „zur Zusendung von Werbematerial über die Produkte der Firma ...“] bei der Firma [Firmenname] gespeichert werden. Diese Einwilligung kann jederzeit bei ... [Kontaktdaten] widerrufen werden.“

- Bei elektronischer Kommunikation ist weiterhin § 107 TKG zu beachten:
- Werbeanrufer: Einwilligung erforderlich (§ 107 Abs 1 TKG)
- E-Mail-Werbung an „Nicht-Kunden“: Einwilligung erforderlich (§ 107 Abs 2 TKG; Zweckbindungsgrundsatz beachten!)
- E-Mail-Werbung an Kunden: gs keine gesonderte Einwilligung erforderlich, allerdings zu beachten:
 - Erlaubt ist Direktmarketing für eigene, ähnliche Produkte
 - Unbedingtes Widerspruchsrecht des Kunden (Opt-Out bei Datenerhebung und bei jeder Zusendung)
 - Eintragungen in Robinson-Liste (bei RTR) beachten

Sensible Daten (Art 9)

- Rassistische und ethnische Herkunft
- Politische Meinung
- Religiöse und weltanschauliche Überzeugungen
- Gewerkschaftszugehörigkeit
- **Genetische Daten** (Art 4 Z 13)
- **Biometrische Daten**, die zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person verarbeitet werden (Art 4 Z 14)
- **Gesundheitsdaten** (Daten über die körperliche und geistige Gesundheit, einschließlich der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen Art 4 Z 15)
- Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung

Welche Rechtsgrundlage (Art 9)?

Bei der Verarbeitung sensibler Daten kommen folgende Rechtsgrundlagen in Frage (Art 9 Abs 2 DSGVO):

- Vorliegen einer ausdrücklichen Einwilligung (lit a)
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung aus dem Arbeitsrecht, Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes (lit b)
- Schutz lebenswichtiger Interessen (lit c)
- Erhebliche öffentliche Interessen (lit g)
- Gesundheitsvorsorge und Arbeitsmedizin, medizinische Diagnostik, Versorgung und Behandlung im Gesundheits- oder Sozialbereich (lit h) – Geheimhaltungspflicht!
- Öffentliche Interessen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (lit i)

Rechtsgrundlage: Gesetzliche Bestimmung

Folgende gesetzlichen Bestimmungen kommen für die Verarbeitung zB in Frage:

- § 51 ÄrzteG / § 10 KAKuG bzw landesrechtliche KAG
- § 110a MPG
- §§ 73f MPG
- § 11a ff VersVG

Welche Empfänger?

- Weitergabe personenbezogener Daten erfolgt idR an
 - Behandelnde/zuweisende Ärzte bzw Krankenanstalten
 - Verrechnungsstellen
 - Versicherungsträger
 - Lohnverrechner
 - aber auch an IT-Unternehmen, ua

Datenweitergabe zu Zwecken der Auftragsverarbeitung

- Rechtsgrundlage gs: schriftlicher / elektronischer Vertrag mit folgendem Inhalt:
 - Gegenstand und Dauer der Verarbeitung
 - Art und Zweck der Verarbeitung
 - Art der personenbezogenen Daten
 - Kategorien betroffener Personen
 - Hinzuziehung Sub-Auftragsverarbeiter nur mit Genehmigung
 - Pflichten und Rechte des Verantwortlichen
- Auftragsverarbeiter ergreift technische und organisatorische Maßnahmen (insb nach Art 32 DSGVO), um Anforderungen der DSGVO zu entsprechen
- Personenbezogenen Daten werden nach Abschluss der Tätigkeit zurückgestellt oder gelöscht

Informationspflichten (Art 13f DSGVO)

- Verantwortliche sind verpflichtet, Betroffene bei der Datenerhebung über die Datenverarbeitungsvorgänge zu informieren.
- Information hat zu enthalten:
 - Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
 - Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung
 - Empfänger / Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten
 - Speicherdauer
 - Information über Betroffenenrechte
 - Information über Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

- Anstatt des bisherigen Datenverarbeitungsregisters kommt das „Verfahrensverzeichnis“ (Art 30 DSGVO).
- Ausnahme: Die Vorschriften des Art 30 Abs 1 und 2 DSGVO gelten nicht für Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern, sofern die von ihnen vorgenommen Verarbeitung nicht
 - ein Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person birgt und die Datenverarbeitung nur gelegentlich erfolgt und
 - nicht die Verarbeitung besonders sensibler Daten oder über strafrechtliche Verurteilungen und Strafdaten einschließt.
- Ist auf Anfrage der Aufsichtsbehörde vorzulegen

- Das Verfahrensverzeichnis hat **folgende Informationen** zu enthalten:
 - die eigenen Kontaktdaten;
 - die Zwecke der Datenverwendung;
 - eine Beschreibung der in der Datenanwendung enthaltenen Datenkategorien;
 - eine Beschreibung der in der Datenanwendung enthaltenen Empfängerkategorien;
 - Datentransfers in Drittstaaten (separat ausgewiesen);
 - **NEU**: die geplante Speicherdauer (wenn möglich);
 - eine allgemeine Beschreibung der technischen und organisatorischen Datensicherheitsmaßnahmen.

Datenschutz-Folgenabschätzung 1

- Datenschutz-Folgenabschätzung ist erforderlich, wenn eine Datenverarbeitung
 - mit **neuen Technologien** arbeiten und
 - im Hinblick auf ihre Art, Anwendungsbereich, Kontext und Zwecke möglicherweise ein **hohes Risiko** für die Privatsphäre der Betroffenen beinhaltet
- Unabhängig von der Unternehmensgröße
- Anwendungsfälle:
 - Systematische und extensive Auswertung von persönlichen Aspekten (insb. durch „Profiling“)
 - Verarbeitung von sensiblen Daten oder
 - Verarbeitung von strafrechtlich relevanten Daten
- Bei hohem Risiko ist Vorab-Konsultation mit der Datenschutzbehörde durchzuführen

- Inhalt einer Datenschutzfolgenabschätzung:
 - **Beschreibung** der geplanten Verarbeitungsvorgänge und der Zwecke der Verarbeitung
 - Bewertung der **Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit** der Verarbeitungsvorgänge in Bezug auf den Zweck
 - Bewertung der **Risiken** für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen und
 - Zur Bewältigung der Risiken geplante **Abhilfemaßnahmen**

Muster: https://www.wko.at/branchen/handel/D_04a-Verfahrensverzeichnis.xlsx

Rechnungswesen und Geschäftsführung

VT01 (SA001)

- Buchhaltung bzw Einnahmen-Ausgaben-Rechnung
- Verarbeitungen im Rahmen des Steuerrechts bzw Übermittlungen an Steuerberater und Finanzamt
- UVAs
- Kostenrechnung
- Verwaltung der Bankkonten bei Kreditinstituten (Zahlungsverkehr)
- Auflagen iZm Registriertkassen
- Ausgangs- und Eingangsrechnungen (Einkauf / Verkauf)
- Miet- und Leasingverträge
- Versicherungen
- Lagerverwaltung (incl Inventurunterlagen)
-

Geeignete technische und organisatorische Maßnahmen sind zB:

- präventive: Pseudonymisierung und Verschlüsselung personenbezogener Daten, Anti-Viren-Software
- detektive: Sicherstellung Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme durch netzwerkbasierte Einbruchserkennungssysteme
- reaktive: Implementierung Systeme zur Wiederherstellung der Verfügbarkeit zu Daten und System nach Zwischenfällen (zB Backups)
- organisatorische: Mitarbeiterschulungen
- physische: Zutrittssysteme

- Zwei Gruppen von (technischen und organisatorischen) Maßnahmen:
 - **Privacy by Design** (Gestaltung der Datenverarbeitung)
 - **Privacy by Default** (datenschutzrechtliche Voreinstellung)
- Nachweis durch **Zertifizierungsverfahren** (Art 42 f DSGVO)

Datenschutz zur Technikgestaltung – Privacy by Design

- Maßnahmen / Mittel zur Umsetzung des Datenschutzes durch Technik
- Technische und organisatorische Maßnahmen, zB:
 - **Pseudonymisierung;**
 - Umsetzung der **Datenschutzprinzipien**, zB
 - Datenminimierung und
 - Einbau von Datensicherheitsmaßnahmen

Datenschutz durch Technikgestaltung – Privacy by Default

- Pflicht zu datenschutzfreundlichen Voreinstellungen
- Sicherstellung, dass
 - grundsätzlich **nur** personenbezogene Daten, deren Verarbeitung **für** den jeweiligen **bestimmten Verarbeitungszweck erforderlich sind**, verarbeitet werden
 - Daten nicht ohne Eingreifen der betroffenen Person einer unbestimmten Zahl von natürlichen Personen zugänglich gemacht werden
- Diese Verpflichtung gilt für
 - die Menge der erhobenen personenbezogenen Daten
 - den Umfang ihrer Verarbeitung
 - ihre Speicherfrist und
 - ihre Zugänglichkeit



RAA Ing. Mag. Amra
BAJRAKTAREVIC

- HTL-Absolventin (Schwerpunkt EDV & Organisation) und mehrjährige Erfahrung als Netzwerkadministratorin
- Seit 2011 als Rechtsanwaltsanwärtlerin bei LGP
- Studentin des postgraduate Lehrgangs „Informations- und Medienrecht“
- Schwerpunkte: Zivil- und Zivilprozessrecht, IT/IP-sowie Datenschutzrecht und Kartellrecht
- Autorin für Magazine des Manstein Verlags sowie Austria Innovativ



LANSKY,
GANZGER
partner

LGP RECHTSANWÄLTE / ATTORNEYS

Kontakt

Ing. Mag. Amra Bajraktarevic

Lansky, Ganzger & Partner
Rechtsanwälte GmbH

Biberstraße 5
1010 Wien

T: +43 1 533 33 30
E: bajraktarevic@lansky.at
W: www.lansky.at